

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementspreis: Durch unsere Boten  
für das Erzgebirge monatlich 1,50 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.

Abonnementspreis: Die Abonnementpreise  
für den Rest des Jahres 15,00 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.  
Für den Rest des Jahres 15,00 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 165

Dienstag, den 18. Juli 1922

17. Jahrgang

### Die Mörder Rathenaus ermittelt. Die Rathenau-Mörder wurden gestern Abend durch Kriminalbeamte aus Halle auf Burg Saaleck bei Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

Ueber die Auffindung der Rathenau-Mörder wird noch berichtet: Am Sonntag Abend meldeten hier zwei an der Burg Saaleck vorbeikommene Touristen, daß sie im Turm der Burg Licht bemerkt hätten und daß nach ihren Feststellungen sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten müßten, obwohl der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Einfließerleben führt, verneint sei. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten, den Zutritt zu dem abgeschlossenen Raum zu erzwingen. Die Mörder öffneten nicht, sodah Verschiebung herbeigeführt werden mußte. Währenddessen erschienen die beiden Mörder auf der Balustrade vor dem Raum, winkten den an der Burg Vorbeikommenden zu und brachten ein Hoch auf Ehrhardt aus. Als die Kriminalbeamten zurückkehrten und die Tür im Nachhinein zertrümmert hatten, fanden sie die beiden Mörder mit Kopfschüssen tot auf. Beide tragen die charakteristische Kleidung des Schriftstellers Dr. Stein und als Minister bezeichnet.

So haben die Mörder ihre schändliche Tat selbst gesteuert. Zwar nicht in einem Anfall von Reue, sondern sie werden denselben Stolz über ihre Verbrechen, der aus ihrem Benehmen in der Burg spricht, auch empfunden haben über ihren Entschluß, sich selbst zu morden. In Wahrheit ist dem Mord zur Vollbringung des Mordes schließlich eine tätige Teilhabe gefolgt, sich den Richtern zu stellen. Es ist nicht zu zweifeln, daß die Mörder über den Ausklang des Geschehens im deutschen Volke nicht nur, sondern in allen Kulturstaaten der Erde unterrichtet waren. Die abscheuliche Verwerflichkeit ihrer Tat wird ihnen zur Gewißheit geworden sein, trotzdem sie sie verleugneten. Wenn auch durch die Vernehmung der Mörder die Zusammenhänge der Mordtat mit politischen Beweggründen vielleicht noch klarer herauszuschälen gewesen wären, so genügt schließlich zur Aufklärung der Mordtat das bisher Erreichte. Also brauchte man nur noch die Mörder ihrer Köpfe wegen, um die man sie verkrühen mußte. Leider blieb eine andere Genugtuung dem deutschen Volke nicht. Das Richter haben sie uns vorweggenommen. Nunmehr werden sich die zuständigen Richter mit der Aburteilung der am Mord Beteiligten beschäftigen können und die Schwere der Tat erhellt eine schnelle und scharfe, scharfe Justiz.

Wie bekannt, sind die Mörder 1. Hermann Fischer, auch Vogel genannt, Spitzname Pecher, früherer Aufenthalt in Jüdisch. Sa. (auch Chemnitz), 25 Jahre alt; 2. Erwin Knauer, auch Adner und Kern genannt, gleichfalls 25 Jahre alt. Sie gehörten der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Ehrhardt.

### Die Lösung der Krisis.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter)

Zwar kann man noch nicht endgültig behaupten, daß alle innerpolitischen Gefahren vorüber seien; aber die Gewißheit gewinnt täglich mehr an Boden, daß alles beim Alten bleibt. Eine Erweiterung oder Umbildung der Regierung und der Koalition wird vor den Ferien nicht mehr eintreten. Eine Reichstagsauflösung ist nicht mehr zu befürchten. Die Gesetze zum Schutze der Republik werden in 3. Lesung glatt angenommen. Nur die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien wird ein dauerndes Erinnerungszeichen an die Aufregung der letzten Reisetage bleiben. Vielleicht verdrängt sie sich schon sehr bald in eine Fraktionsgemeinschaft der beiden Parteien. Dann die Mehrheitssozialdemokratie keine Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung erreichen, so strebt sie wenigstens eine feste Verbindung mit ihrem linken Nachbar in Form der Fraktionsgemeinschaft an. Als zur Verschmelzung beider Parteien ist dann nur noch ein Schritt. Wir haben bereits ausführlich begründet, warum wir als Demokraten und Republikaner eine Annäherung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen begrüßen; wir werden deshalb ein Fortschreiten auf diesem Wege von sozialistischer Arbeitsgemeinschaft zu sozialistischer Fraktionsgemeinschaft mit aufrichtiger Genugtuung hinnehmen. Inzwischen nimmt der Gedanke, eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu bilden, greifbarere Formen an. Das

Zentrum hat diesen Plan jetzt in genauerer Ausarbeitung seinen beiden Nachbarfraktionen ganz offiziell unterbreitet. Es handelt sich danach lediglich und ausschließlich um eine rein parlamentarische Aktion. Man will ebenso wie auf der linken Seite des Regierungsblocks nunmehr auch auf der rechten die Kräfte, die zu ernsthafter republikanischer Zusammenarbeit bereit sind, fester zusammenfassen. Die Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen in Zukunft die einzelnen Gesetze untereinander besprechen, Abänderungsanträge miteinander vereinbaren unter Umständen auch Redner gemeinsam vorbringen wollen, so beabsichtigt das Zentrum unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen ein praktisch parlamentarisches Zusammenarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft der nicht sozialistischen Mittelparteien auf dem Boden der Verfassung und der Republik. Dieses Zusammenarbeiten setzt eine ständige Fühlungnahme mit der Arbeitsgemeinschaft der Linken und ein gemeinsames Handeln voraus. Der Regierungsblock würde also in Zukunft nicht mehr aus einer Vielheit von Einzelparteien, sondern aus zwei Arbeitsgemeinschaften bestehen, von denen man sich praktischeres Arbeiten verspricht als von der gegenwärtigen Betätigung der Koalition. Letzten Endes müssen die alten erfahrenen Parlamentarier am besten wissen, wie sie ihre tägliche Arbeitslast am zweckmäßigsten verteilen und tragen.

Die ersten Ankündigungen des Zentrumplanes haben in der Öffentlichkeit ganz unnötige Befürchtungen erregt. Es war die Befürchtung aufgetaucht, daß die Arbeitsgemeinschaft der drei bürgerlichen Mittelparteien ebenso die erste Stufe einer späteren Verschmelzung sein sollte, wie die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien. Wer Psychologie und Wesen des Zentrums — um von Demokraten und Volksparteien ganz zu schweigen — auch nur einigermaßen kennt, dem mühte eine solche Befürchtung von vornherein lächerlich erscheinen. Auch von der Bildung eines Bürgerbunds zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kann keine Rede sein. Die Neubildung wird ja im Gegenteil gerade zu dem Zwecke angestrebt, daß die Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokratie schneller und reibungsloser zusammenarbeiten können als bisher. Es liegt auch auf der Hand, daß bei einem Kampf der einen Arbeitsgemeinschaft gegen die andere überhaupt keine parlamentarische Wehrheit zustande käme. Beide Arbeitsgemeinschaften sind vielmehr dauernd aufeinander angewiesen und müssen schon aus diesem Grunde zu einander halten und miteinander arbeiten.

Tatsächlich ist ja bereits in letzter Zeit so gearbeitet worden, als ob beide Arbeitsgemeinschaften schon beständen. Als es sich um die Befestigung der Schwierigkeiten in den Gesetzen zum Schutze der Republik handelte, hat schon ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie die Wünsche der Unabhängigen und ein Führer des Zentrums die Wünsche der Deutschen Volkspartei zu den Gesetzen gesammelt und beide haben dann in einer gemeinsamen Sitzung der drei alten Koalitionsparteien diese Wünsche der Fraktionsparteien vertreten und untereinander zum Ausgleich gebracht. Solche Ausnahmefälle würden also in Zukunft zur Regel werden.

Nach dieser Klarstellung der Pläne und Vorschläge des Zentrums hat sich auch die demokratische Reichstagsfraktion entschlossen, den Gedanken zur Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft weiter zu verfolgen. Sie hat dabei freilich aufs schärfste betont, daß für sie nach wie vor ein einziges Zusammenarbeiten aller republikanischen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie unerlässliche Bedingung sei. Eine Veränderung ihrer bisherigen Politik aber gar ein Abweichen nach Rechts könne für sie nicht im mindesten in Frage kommen. Die neu zu bildende Arbeitsgemeinschaft möge vielmehr in flexibler Form von solcher Entwicklungsmöglichkeit von vornherein abstrahieren und positiv die Ziele aufzählen, die sie erreichen wollen. Ein klarer Trennungstrieb der Deutschen Volkspartei nach Rechts hin sei ebenso unbedingt notwendig wie eine bestimmte Abgabe der Unabhängigen an die Kommunisten. Die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit der nicht sozialistischen Arbeitsgemeinschaft mit der sozialistischen müsse ausdrücklich hervorgehoben werden. Endgültige Beschlüsse wurden von der Fraktion in dieser Richtung noch nicht gefaßt, zumal die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei im einzelnen am Montag noch nicht bekannt war.

### Das Reparations-Weltproblem. Ein englischer Reparationsvorschlag.

Die Daily News führen in einem viel beachteten Artikel aus, es sei unbedingt nötig, daß ohne jeden Verzug ein Plan für die wirtschaftliche Neuordnung Europas gesucht werde. Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands, das Schicksal Oesterreichs und der Fehlschlag der Haager Konferenz seien Vorzeichen einer Katastrophe. Die Lösung des ganzen Problems hänge mit einer englisch-französischen Verständigung über die Reparationsfrage zusammen. Mit Bezug auf hierauf unterbreiten die Daily News einen Vorschlag, der folgende sechs Hauptpunkte enthält:

1. Die französischen Schulden an England müssen annulliert werden

2. Frankreich muß einer Herabsetzung der Reparations-schuld auf 2500 Millionen Pfund zustimmen;  
3. Frankreich ratifiziert die Washingtoner Abkommen und reduziert seine Rüstungen auf ein noch festzusetzendes Niveau;  
4. ein allgemeiner Garantieplan muß aufgestellt werden, um Frankreich gegen eventuelle Angriffe zu sichern;  
5. eine internationale Anleihe muß zustande gebracht werden, die hauptsächlich Frankreich zugute kommen soll;  
6. Deutschland muß zum Völkerbund zugelassen werden, und zwar als ständiges Mitglied im Räte des Völkerbundes.

Der bekannte amerikanische Bankier Otto Kahn hat einem Mitarbeiter der Times Ausführungen über die Ergebnisse der Konferenz vom Haag und die internationale finanzielle Lage gemacht. Kahn erklärte, er habe Grund zu der Annahme, daß das Hauptergebnis der Haager Konferenz das gewesen sei, die Atmosphäre aufzuheben, und daß die zweifelhafte Annäherung des englisch-französischen und amerikanischen Standpunktes über Rußland zur Folge haben werde. Lloyd George sei zweifellos einer sehr glücklichen Inspiration gefolgt, als er die Haager Konferenz organisierte, und man habe den Sachverständigen eine gute Gelegenheit geboten, Tatsachen und Zahlen ohne jede Rhetorik zu prüfen.

Da augenscheinlich zwischen dem, was die Sowjetregierung verlange, und dem, was man ihr anbiete, unüberbrückbare Gegensätze beständen, habe man eine klar definierte Lage und könne die Pflichten eines jeden leicht feststellen. Die Welt könne sehr gut bestehen, auch wenn in Rußland Chaos herrsche, aber wenn sich die Verbündeten nicht ohne Verzug ans Werk begäben, um den Unruhen und der Unordnung in Deutschland und Oesterreich ein Ende zu bereiten, werde sich unfehlbar eine europäische Katastrophe ereignen.

### Einigung mit dem Garantie-Ausschuß?

Der Garantie-Ausschuß, der sich noch in Berlin befindet, hat sich in seinen letzten Verhandlungen vor allem mit der Frage befaßt, welche Bürgschaften dafür geboten werden können, daß Deutschland seinen künftigen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Forderung, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ins Ausland zu schaffen. Nach Ansicht von zuständigen deutscher Seite wird man sich in dieser Hinsicht über die Grundlage von Maßnahmen einigen, die auf dem Wege von Verordnungen und auf dem Wege der Gesetzgebung zu treffen sind. Bevor es zum Abschluß der Verhandlungen kommt, wird sich das Reichskabinett noch heute und morgen mit ihnen beschäftigen.

### Italien und Frankreichs Finanzlage.

Der „Temps“ meldet aus Rom, daß das italienische Budget mit 11 Milliarden Fehlbetrag abschleße, wozu Verpflichtungen an England und Amerika in Höhe von 22 Milliarden Goldlire treten. Der „Temps“ schreibt dazu, die Gefahr eines Ruins Italiens und Frankreichs sei heute dringender, als die Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands. Wieviel die Zahlungen Deutschlands aus, so sei der Bankrott beider alliierter Länder in ein bis zwei Jahren herbeigeführt.

### Friedenskundgebung in Paris.

Sonntag Abend veranstalteten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden. Es beteiligten sich daran Vertreter der Engländer und der belgischen Arbeiterpartei. Der französische Abgeordnete Sembat führte in seiner Rede aus, das Schicksal Europas spiele sich augenblicklich in Deutschland ab. Was sich in Frankreich, England und Rußland ereigne, sei sehr wichtig; aber was sich in Deutschland ereigne, sei entscheidend. Es hängt — sagt Sembat — zum guten Teil von uns ab, ob dort der Friede liegt oder unterliegt. — Der englische Abgeordnete Waller erklärte, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands verlange eine Revision des Versailler Vertrages, dessen Klauseln Deutschland in eine Stellung völliger Inferiorität brächten. Dieser Vertrag mache sowohl aus den Siegern als auch aus den Besiegten ruinierte Völker. — Der belgische Sozialistenführer Vandervelde sagte, wir haben schon vor sechs Monaten erklärt, eine internationale Anleihe und die Herabsetzung der deutschen Schulden seien notwendig. Unsere Gegner haben erklärt, wir seien verrückt. Heute aber nehmen sie schon unseren Standpunkt an. Die reichen Mächte sind vollgeproft mit Geld. Sie müssen am Wiederaufbau teilnehmen.

### Inkrafttreten des Wiesbadener Abkommens.

Die Reparationskommission hat eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß das Wiesbadener Abkommen am 20. Juli in Kraft gesetzt werde. Eine Verständigung über diesen Termin wird voraussichtlich herbeigeführt werden.

Nachdem das Wiesbadener Abkommen von der französischen Regierung seit Oktober vorigen Jahres ganz offensichtlich verschleppt worden war, berührt die plötzliche Eile in Bezug auf das Inkrafttreten umso eigenartiger, als der englische Antrag in der letzten Beratung der Reparationskommission neben der völligen Stundung der Barzahlung für die nächsten Jahre auch eine Herabsetzung der Sachleistungen

gefordert hat. Will man mit der plötzlichen Überhöhung der Inflation des Wiesbadener Abkommens die Frage der ebenfalls in der vorgesehene Höhe unbilligen Sachstellungen aus den Verhandlungsverhandlungen ausschalten?

### Deutscher Reichstag.

Das Bild der gestrigen Reichstagsitzung ließ es einigermaßen zweifelhaft erscheinen, ob man tatsächlich heute Abend mit dem Arbeitspensum zu Ende kommen wird. Bereits gestern machten sich große Widerstände geltend: nicht nur die bereits angeführten kommunistischen Obstruktionsreden stellten sich ein, sondern auch andere Hindernisse verzögerten die Erledigung der wichtigsten Angelegenheiten. Der am Sonnabend von den Koalitionsparteien eingebrachte Antrag auf Bereitstellung von Reichsmitteln für die praktische Durchführung des Schutzes der Republik sollte gestern zur ersten Beratung kommen. Die Deutschnationalen erhoben jedoch Einspruch und man kam schließlich zur Abstimmung. Durch Unterraumung einer besonderen Sitzung nach dem Schluß der gestrigen den Versuch zu machen, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Gleichfalls durch deutsch-nationalen Widerspruch wurde die endgültige Verabschiedung des Gesetzes über die Notlage der Presse unmöglich gemacht. Diese Vorlage wurde in zweiter Lesung ohne wesentliche Ausprüche nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, nachdem weitergehende Vorschläge abgelehnt waren und der Reichswirtschaftsminister sich nachdrücklich für das geringe Opfer eingesetzt hatte, das von den fortwährendlichen Betriebs verlangt wird. Als erste Vorlage des Tages hatte der Reichstag in allen drei Lesungen ein Gesetz verabschiedet, das den Umlauf von Notgeld unterbinden will und in Zusammenhang damit war von deutschnationaler Seite die schnelle Ausprägung von Hartgeld gefordert worden und zwar bis zu einer Höhe von Hundertmarkstücken. Die am Sonnabend insolge Beschlußfähigkeit des Hauses nicht erledigte zweite Lesung des Erbschaftsteuergesetzes ging gestern ohne wesentliche Ausprüche und ohne Veränderung der Ausschlußfassung durch. Die zweite Beratung der Zwangsankleihe aber brachte dann eine sehr ausgedehnte Ausprache und die erste der erwarteten kommunistischen Obstruktionsreden. Zuerst sprach Abg. Dr. Hefflerich, der sich in durchaus sachlichen Grenzen hielt und auch die kritischen Zwischenrufe von links nur mit ruhigen Hinweisen auf Tatsachenmaterial beantwortete. Dagegen war seine Kritik an der Zwangsankleihe, selbst sehr scharf und schloß mit der Ablehnung des Gesetzes. Mit der Rede des unabhängigen Dr. Geper trat dann zum ersten Male die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in die Erscheinung. Geper vertrat einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft, die Zwangsankleihe auf eine Milliarde Goldmark oder mindestens 80 Milliarden Papiermark festzusetzen, während den Beschlüssen des Ausschusses die Höhe zwischen 60 und 70 Milliarden Papiermark schwanken soll. Dann erfolgte die bereits erwähnte Obstruktionsrede des Kommunisten Höllein, vor dem sich das Haus fluchtartig leerte und die eine lange Dauer der Sitzung erwarten ließ.

### Demokratische Frauenarbeitsstagung.

Die Vertreterinnen des Reichsfrauenausschusses der Deutschen Demokratischen Partei traten am 14. und 15. Juli zu einer Arbeitstagung in Schmewitz zusammen. Sie war sehr gut besucht von über 100 Mitarbeiterinnen aus 27 Wahlkreisen, sodas die Verhandlungen ein fast lädenloses Bild der Frauenarbeit in der Partei in Nord und Süd, Ost und West boten. Die Besprechung der Organisations- und Arbeitsfragen an der Hand von kurzen Referaten von Frau Dönhoff, M. d. L.

### Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Kdt.  
Copyright Geisler & Comp., Berlin.

Die Rechte ausgestreckt, steht er wartend vor ihr. Sie hat die Hände zu beiden Seiten in die Falten ihres Kleides gedrückt, als brauche sie etwas, daran sie sich festhält, das sie ihm nicht noch mehr von sich geben als er schon hatte, als er sich nahm mit jedem Reden, jedem Blick, mit jedem Wort und artlichem Stimmklang. „Ach warte,“ sagte er und seine Hand bleibt unbeweglich vor ihr ausgebrecht — „oh — ich kann warten.“ Ihr läuft ein Riesen von den Schultern die Arme herab bis in die Fingerspitzen hinein. Warten — der Hoffnung goldenes Wort — der Boden, daraus der Zukunft Mauern wachsen — warten — wie Juwend warten kann auf das Glück. Ist es das, was sein Verstummen sagt, was seine Augen reden, was sie glauben möchte? Was sie glaubt — ihm glaubt, trotz der Stimme, die da heimlich flüstern will: „Ihm ist's ein Spieß. Augenblicksstimmung, nichts weiter, und dir wird's Lebensschicksal werden.“ Warten — auch das Glück kann sich einer Herdewarten, wenn er's nur mit ganzer Inbrunst tut. In seiner Hand liegt plötzlich die ihre, und er hält sie mit festem Druck und Schwelge. Und mit ihrer Hand in der seinen beginnen sie wieder zu wandern, und von neuem beginnt der Wald zu reden, weht die Sonne in dem grünen Tämnern goldene Wunder. Ihre Stimmen sind ganz leise, und doch sprechen sie nur von Wichtigkeiten und von dem, was ihre Augen um sich sehen. Sie machen einen weiten Weg und merken es nicht. Auch ihm hat sich der Weltbegriff verflücht, und sein Denken geht nicht weiter als bis dahin, wo er vor sich den schmalen Waldweg sieht, der higelauft und higelauft in Windungen und Wogen geht. Der Sonnenglanz wird immer feuriger und als sie aus dem Wald herausreteten auf grünen Wiesengrund, der sich zum langen See hinunvergleicht, stieren die Schatten der Kleinstämme in

Frau Uth und Frau Hinde, zeigte die stichtlichen Fortschritte der Frauenarbeit. Die diesseitigen Richtlinien sollen auch ferner eingehalten werden unter Anpassung an die sich ändernden Verhältnisse, besonders durch festere Ausbau der Leitung der sich verbreitenden Organisation. Das Thema: „Der demokratische Gedanke als außenpolitische Macht“ behandelte Frau von Freisen-Berlin. Sie wies die Notwendigkeit einer starken Behauptung des demokratischen Gedankens und seiner Staatsform der deutschen Republik, und die einer geschlossenen breiten Front aller Deutschen dem Ausland gegenüber überzeugend nach. Die Aussprache zeitigte zwei Entschlüsse, welche die Parteileitung auffordern, für die Schaffung dieser Einheitsfront auf demokratisch-republikanischer Grundlage alle Mittel anzuwenden, sich für eine Erziehung der Jugend in vaterländischer Heimung in Schule und Haus einzusetzen und die Herausgabe eines dazu geeigneten Geschichtsbuches zu fordern. — Forderungen zur Form des Familienrechts wurden von Frau Dr. jur. Buhne-Hamburg aufgestellt, von Frau Dr. Anders, M. d. R., sehr wirksam ergänzt und in lebhafter Aussprache erörtert, die insbesondere auf die Bewertung des Ehelichnamigen, der sich wandelnden ethisch-rechtlichen Einstellung des modernen Menschen hinzielte. — Dr. Franke, Leiter der Abteilung Mecklenburg der Reichszentrale für Heimatdienst, führte in Ausbau und Aufgaben der M. f. H. ein. Es wurde engere Zusammenarbeit mit dieser amtlichen Erklärungsstelle beschlossen.

### Kleine politische Meldungen.

Der neue Reichsgerichtspräsident. Die von anderer Seite verbreitete Nachricht von der bevorstehenden Berufung des ehemaligen Reichsministers und völksparteilichen Abgeordneten Dr. Heinze auf den Posten des Reichsgerichtspräsidenten, trifft nicht zu. Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß der Reichsrat, dem das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Postens des Reichsgerichtspräsidenten zusteht, den früheren Außenminister Dr. Simon vorgeschlagen und daß dessen Ernennung erfolgen wird. Dr. Simon ist am Freitag nach Argentinien gereist, um an dem 81. Kongreß für internationales Recht in Buenos Aires teilzunehmen. Der Völkereubandrat ist am 17. Juli in London zusammengetreten und tagt unter dem Vorsitz Balfours. Nach übereinstimmenden Meldungen wird er sich wenigstens inoffiziell mit der Zulassung Deutschlands zum Völkereuband befassen. Diese Meldung entbehrt nicht der Wahrscheinlichkeit, da inoffiziell von England Anregungen nach Deutschland gekommen sind, die Aufnahme nachzusuchen. Die großen Vorteile, die Deutschland von der Zugehörigkeit zum Völkereuband ziehen würde, liegen auf der Hand. Trotzdem kann Deutschland ihm nur angehören, wenn es den ihm gebührenden Platz zugestanden erhält.

Deutsche Oberschule und Gymnasien. Der Antrag der Deutschdemokratischen Partei über die Gleichstellung der deutschen Oberschule neben die bestehenden höheren Schulen hat folgenden Wortlaut: Der Landtag möge beschließen: die Regelung zu erforschen, die Frage der Berechtigungen der deutschen Oberschule ungekürzt so zu ordnen, daß die neue Schulform als gleichberechtigt neben die bestehenden höheren Schulen gestellt wird.

Statt 11. August 18. Januar. Die deutsche Volkspartei hat im Reichstage den Antrag gestellt, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu erklären. Bekanntlich haben die Regierungsparteien den 11. August als Nationalfeiertag vorgeschlagen; der dahingehende Antrag der drei Parteien ist bereits dem Ausschuss überwiesen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Antrag zugunsten des völksparteilichen zurückgezogen werden wird.

Ein neuer Untersuchungsausschuss. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat auf Anregung des Reichswehrministers Geisler mit Unterstützung der beiden anderen Regierungsparteien folgenden Antrag eingebracht: Wir beantragen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel

34 der Reichsverfassung zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind, und der Art, wie sie der Reichswehrminister erledigt hat.

Die erschreckende Teuerungswelle, die sich auf alle notwendigen Lebensbedürfnisse erstreckt, hat zur Folge, daß auch die eben erhöhten Beamtengehälter, die die Teuerung gegenüber der Vorkriegszeit noch nicht ausgeglichen haben, wieder unzureichend geworden sind. Der Reichsfinanzminister hat sich der Notwendigkeit der Erhöhung der Bezüge nicht entziehen können, noch in dieser Woche werden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beginnen.

Bayern gegen das Ausnahmegesetz — Rüdtritz Verhensfeld. Nach unseren Ermittlungen ist Bayern nicht gewillt, in der Frage des Ausnahmegesetzes für die Republik und der neuen Amnestie nachzugeben. Falls man in Berlin den betreffenden Wünschen Münchens nicht nachkommt, ist mit einem Rüdtritz Verhensfeld zu rechnen, das eine schwankende Haltung und seine Kompromisspolitik gegenüber Berlin damit als erfolglos erwiesen wären. Ueber einen Nachfolger, selbstverständlich von entscheidender Tonart, sind sich die bayrischen Regierungsparteien schon im Klaren.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die in Warschau jetzt wieder stattfinden, bilden die Fortsetzung der schon im August 1919 begonnenen. Sie bezwecken die Regelung der mit den territorialen Veränderungen verbundenen Liquidationsverrechnungen. Die ersten Verhandlungen dauerten von Anfang August bis Ende Oktober 1919 und endeten mit 3 Abkommen. Die zweite Etappe bildeten Verhandlungen im Januar 1920 in Paris und die dritten, die Frühjahrsverhandlungen im April 1920 ebenfalls in Paris, bei den neuen Beratungen legt Deutschland Gewicht darauf, daß auch die Fragen der Liquidierung der Staatsdomänen, sowie der Minoritätenschutz erörtert werden.

Eine neue Schulfrage. In dem Hochverratsprozesse Leoprechting, der vor kurzem in München stattfand, ist die französische Politik der Herabsetzung Deutschlands zum ersten Male vor den Schranken eines Gerichts ausführlich erörtert worden und die Tatsachen, die die Existenz und die Ziele dieser Politik belegen, sind in der Begründung des Urteils gegen den Freiherrn von Leoprechting ausdrücklich festgelegt. Nach den Ermittlungen des Gerichts und nach den Aussagen des Angeklagten und der Jungen sieht es unzweifelhaft fest, daß der französische Gesandte Dard, der vor Beginn des Prozesses aus München vertrieben wurde, um nicht wieder zurückzukehren, von seiner Regierung mit dem Auftrage in die bayrische Hauptstadt geschickt wurde, mit allen Mitteln der Bestechung und der Verwaganda die Trennung Bayerns vom Reiche vorzubereiten. Sobald der physikalische Moment gekommen war, wollte Frankreich die Herabsetzung festlegen und endgültig machen, indem es die Mainlinie militärisch besetzte. Der Plan ist nur deshalb gescheitert, weil die französische Propaganda und die französische Bestechung sich als nutzlos erwiesen und der erwartete psychologische Moment in Bayern nicht kam. — Diese Politik ist von Frankreich, wie das Gerichtsurteil ausdrücklich mit Recht hervorhob, dem deutschen Reiche gegenüber nicht etwa im Kriegs- sondern im Friedenszustande betrieben worden. Niemand entrüstet sich mehr als die Franzosen über die russischen Sowjets, die in Ländern, mit denen sie im Frieden leben und Verträge abschließen, staatsfeindliche Verschwörungen anzetteln und unterstützen. Vor dem Münchner Volksgericht ist nachgewiesen worden, daß die Empörung eitel Denechel ist; denn die Pariser Regierung tut genau dasselbe.

Ausgrabung sämtlicher französischer Gefangeneneichen in Deutschland. Die Leichen sämtlicher in Deutschland verstorbenen militärischen und zivilen französischen Gefangenen werden auf Wunsch der französischen Regierung ausgearbeitet und nach Frankreich geschafft, um dort auf einem besonderen gemeinsamen Friedhof beerdigt zu werden. Sämtliche Leichen werden in neue Särgen umgebetet, die mit den Leichenschildern aus Frankreich sofort eingeführt werden. Auf die sonst vorgeschriebenen Leichenpässe wird voraussichtlich verzichtet. Auf der Eisenbahn werden die Leichen in bedeckten Wagen befördert. Güter dürfen nicht beigegeben werden. Besondere verkehrslos

langen, dunklen Stellen zu ihren Füßen. Es geht auf den Abend zu, die Sonne ist am Untergang. Geschrien will Käthe Gilet die Uhr aus dem Gürtel ziehen, doch er hält ihr die Hand zurück. „Einmal nicht nach Zeit und Stunde fragen. Tante Klefchen aus Eudenburg wird schon nach dem Rechten sehen, und wir werden jetzt in Krampenburg zu Abend essen. Das haben wir uns redlich verdient.“ Vormüchswoll steht sie ihn an. „Das haben Sie doch gewußt, daß der Weg so weit war.“ „Wie schlen er so kurz wie ein schöner Traum. Und war's nicht schön?“ „Ja, das war's,“ sagt sie und atmet tief. Wie's ihnen schmeckt, als sie dann in Krampenburg bei ihrem Schinigel mit grünen Erbsen sitzen. Erst hatte Käthe Gilet nur für belegte Brose gestimmt, doch mit großartiger Gebärde zog er sein Portemonnaie aus der Tasche und hielt's ihr geöffnet vor die Augen. „Da — sehen Sie: noch leben Markt und hausundbrechtig Pfennig von vorigem Monat Erspartes, und da so in mir nicht schmelzen dürfen!“ „Ja, dann freilich,“ lächelt sie, gleichfalls ihr Geldbeutel hervorziehend — „da werd' ich denn auch mal läppig sein.“ „Oh —“ macht er nur, wie sie es so ablehnt, daß er für sie mitbegehrt. Aber als sie ihr Schinigel verfertigt haben, wick er dem Keller, fordert die Weinlauge, bezeichnet mit dem Finger das Gewürzspeck und Käthe Gilet hat gelächtes Bierglas zurückließend, sagt er, als vor ihnen auf dem Tisch die halbe Pfahls Kupferberg Gold steht: „Das müssen Sie sich schon gefallen lassen. Ich etwas Kleinerem als einem schmalen Bierrest möchte ich doch mit Ihnen auf den heutigen Tag und auf ein Wiedersehen anstoßen.“ Sie widersteht sich nicht, nimmt das gelächte Glas, das er ihr bietet, schiebt ihn an, wie er sie ansieht, und trinkt in Auge trinken bette. Er hat sein Glas geleert, in dem ihren ist noch ein leises schimmernder Rest, in den blickt sie hinein und sagt: „Wein erster Sekt.“ Rudolf Müllenhof blickt auf ihre Lippen, die noch vom Schaum leucht sind.

Erster Sekt — und erster Kuß. — Sie braucht's ihm nicht; erst zu sagen. „Käthe, liebe, liebe Käthe.“ Sie erschauert unter seiner leis rannenden Stimme und hebt mit unsicherer Hand das Glas mit dem Wein darin zum Mund empor. Doch bevor ihre Lippen es noch berühren, haben sich die seinen dagegen geneigt, und er schließt aus, was noch von ihrem ersten Sektrest am übrigbleibt. „Da küßt sie, wie es sich gleich leichter, betäubender Fluß über sie ergießen beginnt, und angstvoll springt sie auf, blickt um sich, aber die Menschenmenge hinweg. Sie ruft an Kopf sich um die Garentliche drängt, läßt die Augen wie in verirrtem Suchen über die weite Wasserfläche des langen Sees hinirren, sieht in schwimmendem Burzur der Abendröte die dunkle Rauchwolke, die dem Sch. o. des Dampfers entsteigt, der von Schindeln herüberkommt, und ruft, mit der bedenkenden Hand hinanschauend: „Dort kommt unser Schiff.“ Worin nicht er und steht auf. Um das, was in der hohen Fläche zurückbleibt, kammert er sich nicht. Doch e hat er Keiner dazu gütlich tun. Erster Trank — darin Tag die Rüdlichkeit. — Und dann sind sie wieder auf dem Dampfer, haben auf dem Oberdeck noch glücklich zwei Plätze erobert und sitzen, von beiden Seiten dicht aneinander gedrängt, daß er's zu fühlen meint, wie in dem jungen Mädchen über das heiße Blut pulsiert, obwohl sie mit kalten, roten Wledern bläst und selbst den Atem auf den festgeheffenen Lippen zurückhält. Ganz leise flücht sie seine Hand vor und legt sich sanft und weich in ihre, die im Schloß ruht. „Liebe, liebe Käthe,“ lächert er noch einmal. Vor ihren Blicken gaukelt das Abenddämmern, gaukelt das Glück und raunt in das leis gluckende, stampernte Geräusch des Schiffes, das mit seinen Schaufeln die Wasserbaun durchschneidet. „Warten — zwei, die in Treue ihres Glückes warten.“ Welcher, heimlicher drückt seine Hand die ihre, und zogen seine Schulter lehnt sich ganz leicht ihr Kopf. (Fortsetzung folgt.)

Transporten. Die...  
erben. Die...  
befördert, mäßigung...  
Euer...  
D. A. B. Schreien...  
Wobins, i...  
Bestens...  
durchdrin...  
land ver...  
ist, ein...  
freilich, s...  
Doch un...  
gegen in...  
übermitt...  
berei Teil...  
den, tam...  
halten in...  
kämpfe t...  
Die...  
die freit...  
die repu...  
dem and...  
Ziel, at...  
zu hoffer...  
Ruhe in...  
Die...  
Senat h...  
Farbstoff...  
ung vor...  
Patentpr...  
Die...  
Statistik...  
ien Besch...  
samt 343...  
america...  
Die'se...  
men: Cu...  
26 129...  
Die...  
des Brä...  
lehnt. Si...  
Doch un...  
dauer di...  
beabsicht...  
und lo...  
Die...  
die Lage...  
steht an...  
Bruch k...  
würden, m...  
warte m...  
Pölkereub...  
liegt der...  
verloren...  
Kerlinge...  
Aber es...  
Stücklein...  
mer wen...  
mann, d...  
die gute...  
erte, at...  
nung...  
heißes...  
Erle...  
sachen in...  
sondern...  
Inlands...  
angabe...  
macht d...  
sich an...  
von Vor...  
mäßigke...  
in Karte...  
für Mitt...  
schränkt...  
schen von...  
von Rat...  
auf die...  
leinen g...  
and der...  
oder zur...  
nicht für...  
mungen...  
Die...  
der Zier...  
sfort m...  
schließen...  
Vrichtu...  
einfach...  
gewohnt...  
Gegen...  
denkt, d...  
Gastp...  
Nacht b...  
rials s...  
berzugen...  
Wutber...  
in unfer...  
wünsche...  
Die...  
ollen gr...  
ten-We...  
Beamer...  
Wettell...  
sowohl...  
Arbeiter...  
abgchal...  
nehmen...  
von B...  
und m...  
Stangen...  
mit den...  
Wettf...  
D. A. B. Schreien...  
Wobins, i...  
Bestens...  
durchdrin...  
land ver...  
ist, ein...  
freilich, s...  
Doch un...  
gegen in...  
übermitt...  
berei Teil...  
den, tam...  
halten in...  
kämpfe t...  
Die...  
die freit...  
die repu...  
dem and...  
Ziel, at...  
zu hoffer...  
Ruhe in...  
Die...  
Senat h...  
Farbstoff...  
ung vor...  
Patentpr...  
Die...  
Statistik...  
ien Besch...  
samt 343...  
america...  
Die'se...  
men: Cu...  
26 129...  
Die...  
des Brä...  
lehnt. Si...  
Doch un...  
dauer di...  
beabsicht...  
und lo...  
Die...  
die Lage...  
steht an...  
Bruch k...  
würden, m...  
warte m...  
Pölkereub...  
liegt der...  
verloren...  
Kerlinge...  
Aber es...  
Stücklein...  
mer wen...  
mann, d...  
die gute...  
erte, at...  
nung...  
heißes...  
Erle...  
sachen in...  
sondern...  
Inlands...  
angabe...  
macht d...  
sich an...  
von Vor...  
mäßigke...  
in Karte...  
für Mitt...  
schränkt...  
schen von...  
von Rat...  
auf die...  
leinen g...  
and der...  
oder zur...  
nicht für...  
mungen...  
Die...  
der Zier...  
sfort m...  
schließen...  
Vrichtu...  
einfach...  
gewohnt...  
Gegen...  
denkt, d...  
Gastp...  
Nacht b...  
rials s...  
berzugen...  
Wutber...  
in unfer...  
wünsche...  
Die...  
ollen gr...  
ten-We...  
Beamer...  
Wettell...  
sowohl...  
Arbeiter...  
abgchal...  
nehmen...  
von B...  
und m...  
Stangen...  
mit den...  
Wettf...

Transportwagen können auch in offenen Wagen befördert werden. Die Leichen dürfen unterwegs ohne Not nicht umgeladen werden. Sie werden möglichst schnell und ohne Unterbrechung befördert, in der Regel mit Sonderzügen. Es wird eine Ermäßigung von 50 Prozent der tarifrähigen Fracht gewährt.

**Sven Hedin gegen die Rheinlandpolitik der Entente.** Dr. D. H. B. veröffentlicht ein an den Rheinlandbank gerichtetes Schreiben des berühmten schwedischen Afrikaforschers Sven Hedins, in dem sich dieser über die Lage des besetzten deutschen Westens u. a. folgendermaßen äußert: Ich möchte hoch und durchdringend über das Unrecht schreien, das gegen das Rheinland verübt wird. Diese wahrwichtige, selbstmörderische Politik, ein Land, ein Volk mit Gewalt zu zertreten! Es gelingt freilich, solange die Uebermacht so groß ist. Aber dafür wächst das Unrecht und die Rache für die Zukunft. Jedes Unrecht, das gegen ein Volk begangen wird, fällt früher oder später auf den übermächtigen Sieger zurück. Solange das Rheinland und andere Teile des deutschen Reichs in dieser Weise zertreten werden, kann Deutschland nicht genesen. Einigkeit, Zusammenhalten in Deutschland ist die Hauptsache. Solange die Parteikämpfe toben, hat Deutschland keine Zukunft.

**Die schweren Kämpfe in Irland** dauern fort, doch machen die freistaatlichen Truppen immer größere Fortschritte gegen die republikanischen Unruhestiftenden, die einen Stützpunkt nach dem andern verlieren. Im Interesse der unglücklichen irischen Insel, aber auch im Interesse der Außenwelt Englands, ist zu hoffen, daß nach Niederwerfung der Republikaner endlich Ruhe in das schwergeprüfte Land einzieht.

**Die deutschen Farbwerke in Amerika.** Der amerikanische Senat hat das Gesetz über das Verbot der Einfuhr von Farbstoffen verworfen. Präsident Harding wies eine Abordnung von Chemikern ab, die eine Zurückziehung der deutschen Patentprozesse forderte.

**Die deutsche Einwanderung in Amerika.** Eine offizielle Statistik der amerikanischen Regierung teilt mit, daß im letzten Geschäftsjahr von 1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922 insgesamt 343 053 Europäer in die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur endgültigen Niederlassung eingewandert sind. Diese Zahl setzt sich nach Nationen geordnet, wie folgt zusammen: England 42 670, Italien 42 149, Rußland 28 908, Polen 26 129, Deutsche 10 058, Schweden 20 042 usw.

**Die amerikanischen Erubenarbeiter** haben den Vorschlag des Präsidenten Harding, ein Schlichtungsgericht einzusetzen, abgelehnt. Sie bestehen auf ihren Mindestforderungen: Acht-Stunden-Arbeitszeit, keine Herabsetzung der Löhne. Da die Fortdauer dieses Streits auch den Eisenbahnerstreik beeinflusst, beschäftigt der Präsident, sich an das Volk um Hilfe zu wenden und so eine Art freiwilliger technischer Nothilfe zu schaffen.

**Trochende Lage in Palästina.** Chicago Tribune meldet die Lage in Palästina sei beunruhigend, es drohen Feindseligkeiten zwischen den Juden und Arabern. Wenn es zu einem Bruch komme, fürchte man, daß die Araber die Angreifer sein würden, obwohl einige jüdische Führer die jüdischen Elemente aufforderten, die offensive zu ergreifen. Ungeachtet warte man auf die Zustimmung Amerikas zum Mandat des Völkerbundes über Palästina.

### Don Stadt und Land

Aus, 18. Juli 1922

**Regen ohne Ende, winterliche Kälte.** In diesem Zeichen liegt der Ferienbeginn, und schon vier Ferientage müssen als verloren angesehen werden. Man ist nun einmal geneigt, die Ferienzeit nur als voll anzuerkennen, wenn schönes Wetter ist. Aber es scheint, als wenn der unidole Stiebenichläfer doch sein Stücklein machen wollte. Ob wirklich ein verregneter Sommer werden soll? Alle wünschenden Sonnenschein. Der Landmann, damit die Kornreife rasch fortschreite, die Obstente für die gute Einbringung des besten, süßesten Teiles der Ernte, alle Sommerfischer und Ferienfahrer zu rechter Ausnutzung ihres großen Urlaubs. Hoffentlich erfüllt sich bald ihr heißes Sehnen!

**Erleichterungen im Postverkehr.** Bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform, deren Vorderseite nicht für Mitteilungen, sondern nur für die Anschrift verwendet wird, kann künftig im Inlandsverkehr die am Kopf der Vorderseite stehende Adressenangabe auf die rechte Hälfte der Vorderseite übertreten. Es macht dabei keinen Unterschied, ob auf der Karte ein Teilungsstrich angebracht ist oder nicht. Ferner soll, um den Aufbrauch von Vorräten, die den Bestimmungen nicht entsprechen, zu ermöglichen, bis auf weiteres auch bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform mit geteilter Anschriftseite, deren linke Hälfte für Mitteilungen verwendet ist, über das Uebergreifen der Adressenangaben auf die rechte Hälfte der Vorderseite hinweggesehen werden. Es ist jedoch davor zu warnen, beim Neudruck von Karten mit geteilter Vorderseite die Adressenangabe mit auf die rechte Hälfte setzen zu lassen, weil so beschriebene Karten keinen genügenden Raum zur Anbringung der Stempelabdrücke und der postdienstlichen Vermerke bieten, wenn die Karten nach oder zurückgeschickt werden müssen. Diese Erleichterungen gelten nicht für den Verkehr mit dem Auslande, weil die Bestimmungen des Weltpostvertrages entgegenstehen.

**Mittels Sonderzug** traf heute Morgen in früher Stunde der Zirkus Angelos auf dem hiesigen Bahnhof ein und begann sofort mit der Entladung seines großen Wagenparks, anschließend schafften viele fleißige Hände am Zirkusplatz an der Errichtung der großen Festbauten. Die Regie des Baus war einfach musterhaft, kein lautes Wort. Ein jeder verrichtete gewohnte Handgriffe und half zum schnellen Errichten des Ganzen. Wirklich eine phänomenale Leistung, wenn man bedenkt, daß noch gestern das ganze Unternehmen in seiner vorigen Gastspielstadt zwei große Vorstellungen gab und in der letzten Nacht den Abbau und das Verladen des umfangreichen Materials schaffte und alles zur angelegten Abfahrtszeit des Sonderzuges pünktlich auf die Minute klappte: — ein wahres Wunderbeispiel. Die heutige Eröffnungsvorstellung wird auch in unserer Stadt Zirkus Angelos Renommee beweisen. — Will wünscheln dem Unternehmen den wohlverdienten Erfolg.

**Ein Telegraphisten-Beitritt.** In diesen Tagen findet bei allen größeren deutschen Telegraphen-Unternehmen ein Telegraphisten-Beitritt statt. Er hat u. a. den Zweck, die Telegraphenbeamten zur Entlastung eines dem Dienst zugute kommenden Beihilfers anzuschließen und ihre Telegraphierfertigkeit so sowohl was die Schnelligkeit, als auch was die Sicherheit des Arbeitens anbetrifft — zu erhöhen. Es werden Wettbewerbe abgehalten im Geben mit der Morse- oder Klopertaste, im Aufnehmen am Morseapparat oder Klopfer und im Aufnehmen von Punktentelegrammen, im Geben mit dem Dugheapparat und mit dem Fünfstufenender des Baudoapparates sowie im Stangen von Telegrammen mit dem Stenogrammlocher und mit dem Klopferlocher des Wheatstone-Apparates. Der jetzige Beitritt ist ein Vorläufer des in der Zeit vom 18. bis 21.

August in Berlin stattfindenden internationalen Telegraphisten-Beitritt, bei dem sich die deutschen Telegraphenbeamten, die jetzt die höchsten Leistungen aufweisen werden, mit den besten Telegraphisten fast aller europäischen Länder auf dem Feld ihrer Berufstätigkeit messen müssen. Die Beteiligung der Beamten am deutschen Telegraphisten-Beitritt ist recht groß. Ueber den Ausgang dieses Wettstreits und über den Verlauf des internationalen Wettstreits, zu dem bereits viele Anmeldungen aus dem Auslande vorliegen, werden wir weitere Mitteilungen bringen.

**Die Herstellung und der Vertrieb von Schlagladungen** ist auch jetzt noch verboten. Das Wirtschaftsministerium hat neuerdings die Polizeibehörden angewiesen, streng darauf zu achten, daß das Verbot, vor allen Dingen in Kur- und Badeorten, außer acht gelassene Verbot der Herstellung und des Vertriebes von Schlagladungen wieder beachtet wird. Die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Feilschlichtverföhrung erhelst auch jetzt noch strengste Durchföhrung des Verbots. Wegen ihm Zuwiderhandeln wird in Zukunft nicht nur mit Strafen, die die einschlagende Verordnung vorseht, vorgegangen werden, sondern sie haben auch noch Schlieöung ihrer Geschäftsbetriebe zu gemätigen.

**Blumenstände auf Fensterbänken,** die nicht in gehöriger Weise vor dem Verabfärgen gesichert sind, bilden fortwährend eine Gefahr für das Publikum. Bei dem Sturm, der in der vergangenen Nacht geherrscht hat, sind eine ganze Menge von Blumenständen auf die Straße geschleudert worden, weshalb hierdurch ermahnt sei, solche Gegenstände und auch andere Töpfe, die man mitunter in recht unvorsichtiger Weise auf den Fensterbänken aufgestellt sieht, bei Sturm von diesen wegzunehmen. Kommen Straßenpassanten durch solches Verabfärgen zu Schaden, so entstehen für die dafür Verantwortlichen recht empfindliche Folgen.

**Regie Bauzätigkeit in Sachfen.** Die Bauzätigkeit in Sachfen wird jetzt vornehmlich durch Gemelnden und gemeinnützigen, Pausenloshschaften und Vereingemeinen ausgemäht. Der Walezeit gegenüber April eine Steigerung der Bauzätigkeit (Sommerzeit). Ausgemäht und bauptzätlich abgenommen wurden 168 (64) Neubauten mit 310 (232) Wohnungen. Auf dem Baumarkt herrschte der Flaöchen vor, begünstigt durch die Art der Baufosten-Zusatzverteilung.

**Widau, 17. Juli.** Entlassung gegenrevolutionärer Arbeiter. Hier fanden Verhandlungen der Gewerkschaften und Betriebsräte mit den Arbeitgebern statt, in deren Verlauf die Arbeitervertreter fünf Werte nachhalt machten, in denen Arbeiter beschäftigt seien, die entlassen werden mühten. Das Ergebnis war, daß ein Arbeiter Anlaö zu Entlassung gegeben hatte, daß gegen alle übrigen aber keine für eine Entlassung stichhaltigen Gründe vorgebracht werden konnten.

**Widau, 17. Juli.** Auflösung der Arbeiterpolitik. Der Aktionsausschuö Widau erlich am Freitag hiesiglichen Volksblatt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Arbeitervereinigungen haben in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ihren Dienst eingestellt, nachdem wieder Ruhe und Sicherheit in unserer Stadt Widau eingetreten ist.

**Hohenstein-Ernstthal, 17. Juli.** Hauptversammlung des Vereins Deutscher Rosenfreunde. Der Verein Deutscher Rosenfreunde hielt am Sonntag, gelegentlich des 50jährigen Jubiläum des hiesigen Rosenvereins hier seine 37. Hauptversammlung ab. Die Witsleberarbeit betrug Ende 1921 1940. Beschlossen wurde die Verleihung einer Ehrenurkunde für Leistung, die Herstellung eines Rosenlexikons, die Erhöhung des Jahresbeitrages von 20 auf 100 Mark. Als Tagungsort für 1923 wurde Hock in der Lausitz bestimmt. Einen starken Besuch hatte die einjährige Rosenschau in der Turnhalle auf dem Paffenberg bei Hohenstein zu verzeichnen, die von Züchtern aus ganz Deutschland und Holland besucht war.

**Chemnitz, 17. Juli.** Einverleibung. Am Sonnabend fand die feierliche Uebernahme des neuen Vorortes Deinerdorf in die Stadt Chemnitz statt.

**Freiberg, 17. Juli.** Schulleiterwahl. Eämtlich zur Wahl anstehenden Schuldirektoren — auch die Nichtmitglieder des Schöf. Lehrervereins — wurden sowohl von ihren Lehrerkollegen, als auch vom Schulausschuö erneut zu Schulleitern gemählt. — Auflösung des Städtischen Orchester. Da die hiesige Stadtkapelle den vom Stadtrat zum Kapellmeister gemählten Lehrer Dehner nicht anerkennen und der Rat zum anderen die vom Stadtdirektor erbetenen monatliche Beihilfe von 4000 Mark für jedes einzelne Mitglied der Kapelle nicht bewilligt, hat nunmehr das hiesige Stadtorchester bis auf weiteres aufgeschödt zu bestehen. — Elternwahl. Die am Sonntag stattgefundenen Elternratswahlen erbrachten für die Christlich-Elternvereingung in allen fünf Schulen einen glänzenden Wahlsieg. Insgesamt erlangten die Vertreter der christlichen Liste 43 Sitze, während der Bund der freien Schulsekularisten Deutschlands als Vertreter der weltlichen Schule nur 13 Sitze erhielt. Als Mindestmaß der Wahlbeteiligung sind 21 Prozent, als Höchstmaß 41 Prozent zu nennen.

**Bad Oker, 17. Juli.** Kommunisten und Kurgäste. Am Demonstrationsabend nach dem Rathenauer Mord kam es hier, wie sehr bekannt wird, zu einem unerhörten Standel. Während die Kurgäste auf dem Badeplatz friedlich ihren Kaffee tranken, rückte plötzlich eine Arbeiterpartei von mehreren Hundert Köpfen, Angehörige der kommunistischen Partei Deutschlands, unter Führung des hiesigen Vaders Dr. Schmink an und befesten unter Abfängen der Internationalen das Musikpodium sowie dessen Umgebung. Ihr Führer erging sich in wühesten Schimpfereien auf die besthenden Klassen, vor allem auf die Offiziere, die Reichwehr u. a. w. Es hanelte nur so von den größten Anurien, wie Pumper, Gefindel, Würder, Liebesbunde ufm., die mit donnerndem Hoch auf Sowjetrußland ihren Absich fanden. Von der Badeverwaltung oder irgend einem Schuf für die Kuräste nichts zu sehen. Die Empörung über Kreile war groß, als nach nochmaligem Befang der Internationalen die Menge den Weg wieder verlassen hatte.

### Letzte Drahtnachrichten.

**Vertagung der Konferenz der Sozialdemokraten.** Berlin, 18. Juli. Wie die Blätter mitteilen, haben sich beide sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen gestern damit einverstanden erklärt, die Regierungserweiterung durch Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung die zum Wiederaufbau des Reichstages im Oktober zu vertagen. Die Sozialdemokraten haben diesem Vorschlag der Fraktionen zugestimmt. Die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Gewerkschaften werden am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiterpartei richten, in welchem sie ihren Vertagungsbeschluf begründen werden, der laut Reichstags Zeitung zurückzuführen ist auf wichtige Erwägungen sozialpolitischer und wirtschaftlicher Natur und schwerwiegende Bedenken, die, wie es heißt, nicht nur vom Reichstagsrat, sondern auch vom Reichspräsidenten gegen eine Reichstagsauflöfung und Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick geltend gemacht worden seien. Die Frage der Bildung einer gemeinsamen, aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Reichstagsfraktion wird von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen während der Sommerferien des Reichstages entschieden werden. Auch die Frage der Bildung einer förgelichen Arbeiterpartei ist noch nicht weitergeblieben. Auch hier liegt die letzte Entscheidung bei den Parteinstanzen.

**Die Weidheit für das Gesetz zum Schutze der Republik gesichert.** Berlin, 18. Juli. Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen beschloß gestern mit 89 gegen 17 Stimmen, dem Gesetz zum Schutze der Republik zugestimmen. Damit ist eine auch für ein verfassungsbündendes Gesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit gesichert. Es wird erwartet, daß der Reichstag heute Dienstag alle noch nicht abgeschlossenen Arbeiten erledigen und in die Sommerferien gehen wird.

**Die Kommission für Oberschlesien in Berlin.** Berlin, 18. Juli. Präsident Calonder und die übrigen Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien werden am Dienstag früh in Berlin einreisen und am Bahnhof Friedrichstraße von dem Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Freiherr v. Walsahn, und dem Vertreter für die gemischte Kommission, Oberregierungsrat Sudbing, empfangen werden.

**Verdächtige Funde in einer Potsdamer Kaserne.** Berlin, 18. Juli. Wie der Vormärts mittelt, fanden gestern in der seit ungesähr einem Jahr nicht mehr mit Militär besetzten Kaserne des Corps-Kasernen in Potsdam Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei außer Tellen von Gewehren und Maschinengewehren und 200 scharfe Handgranaten, Infanteriemunition, Tornister, 1000 Seitengewehre, 2000 Hochgeschütze und ungesähr 600 meist mit Datenzügen versehene Stahlhelme. Die Polizei beschlagnahmte das ihr übergebene Material und überwies es der Reichstreuhandgesellschaft.

**Das dem Haag.** Haag, 18. Juli. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß gestern abend die Vorsitzenden der nichtrussischen Delegationen Litwinoff ein Schreiben zugehen liehen, in welchem es heißt: Die Zusammenberufung einer von Litwinoff erbetenen Versammlung der Vorsitzenden der drei nichtrussischen Kommissionen zusammen mit der russischen Delegation zum Zwecke der Untersuchung der Möglichkeiten für die Fortsetzung der jetzt unterbrochenen Verhandlungen sei nicht annehmbar, und zwar deshalb, weil die Vorsitzenden der drei Unterkommissionen keinerlei Organ bilden und deshalb nicht zu Verhandlungen berechtigt sind. Obwohl der allgemeine Eindruck besteht, daß Litwinoffs Schreiben keinerlei Erklärungen enthalte über den Brief von Batin vom 16. d. M., dem Vorsitzenden der Unterkommission für privates Eigentum, ist dieser bereit, zur Vermeidung eines Mißverständnisses heute Dienstag, vormittags, 11 Uhr mit der russischen Delegation zusammenzutreffen. Diese Versammlung hat nur den Zweck, der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, scharf unruhen Mittelungen zu Abänderung ihrer Erklärung zu machen.

**Aus dem englischen Unterhaus.** London, 18. Juli. Lloyd George sagte im Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage betreffend die Daager Konferenz, wenn es nicht gelinge, in erster Stunde über den tot:n Punkt hinauszu kommen, so werde die britische Delegation Ende dieser Woche zurückkehren. Kenworthy fragte, ob und wann die nächste Konferenz in London stattfinden werde. Lloyd George erwiderte, Kenworthy müsse sich solange gedulden, bis die britische Delegation der Regierung über die Vorgänge im Haag berichtet hätte. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Lloyd George, seine Aufmerksamkeit sei auf den Plan gelenkt worden, nach welchem Großbritannien seine Schulden an Amerika bezahlen solle und anstelle der ihm von Frankreich, Italien und Belgien geschuldeten Summen deutsche Reparationsbonds Serie C annehmen und diese dann annullieren solle. Der Plan sei nicht neu, aber er habe die Deffenlichkeit in hohem Maße erregt. Es sei sehr möglich, England, das bezüglich der von ihm während des Krieges geleisteten Vorschüsse und der Reparationen ein Hauptgläubiger sei, in die Lage zu bringen, jenen Ländern alle ihre Kriegsschulden zu erlassen, aber weder von den geleisteten Vorschüssen noch von den Reparationszahlungen etwas zu erhalten. Lloyd George sagte in Erwiderung auf eine weitere Anfrage, daß ein Datum für eine neue Sitzung des obersten Rates noch nicht festgelegt ist.

**Bermischte Drahtnachrichten.** Berlin, 18. Juli. Der Lokalanzeiger meldet aus Frankfurt a. M.: Nach einer Darmstädter Meldung hat sich in seiner Gefängniszelle der Steinbrucharbeiter Rindinger erhängt, der wegen Beteiligung an den Unruhen vom 27. Juni und namentlich wegen Mißhandlung des Abgeordneten Dingeldey in Haft genommen worden war. Vor seinem Tode hatte er ein volles Geständnis abgelegt. Berlin, 18. Juli. Bei der Wahl des ersten Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes in Berlin wurde der Unabhängige Histo mit rund 30 000 Stimmen gegen rund 25 000 Stimmen gemählt, die auf den kommunistischen Kandidaten entfielen. Berlin, 18. Juli. Wie der Lokalanzeiger aus Düsseldorf meldet, wurde am 4. d. M. das Büro der dortigen Vertretung der Friedenskommission von einem Hausmann von 25 bis 30 Mann gestürmt und das dort bedienstete Personal aufs ärgste bedrängt, weil es von der Orgesch- und Consul-Wunde sei, die Graberger und Rathenau ermordet hätten. Offen 18. Juli. In den heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reichsbundes und der Gewerkschaften wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Für die Zeit vom 18. Juni bis Ende Juni werden auf das Maßgehalt eine Zulage von 50 Prozent, für den Monat Juli auf das Maßgehalt eine Zulage von 40 Prozent gewährt. Die Stellenzulage wird um 1100 Mark erhöht. Krefeld, 18. Juli. Infolge des starken Temperaturrückgangs ist auf dem Feldberg und in den höheren Lagen des Schwarzwaldes vorgeföhren und gestern Schnee gefallen.

**Der Dollarkurs.** Berlin, 18. Juli. Der Dollar stand heute vormittags vorüberlich auf 458.

